Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 2

Artikel: Die versäumte Aufwertung
Autor: Altenweger, Alois
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338219

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Alois Altenweger

Die versäumte Aufwertung

Nibelungentreue nannte ein Berner Volkswirtschaftsprofessor die Anhänglichkeit an die 1936 gesetzlich festgelegte Goldparität des Frankens. Damit verknüpft sich der Glaube, unsere Währung sei stabil und trotze jeglichem Ansturm spekulativer Geister. Aber der Franken ist kein Franken geblieben. Der Franken von 1936 ist heute noch ganze 26 Rappen wert.

Wirtschaftspolitischer Rückblick

Die Bundesbehörden liessen die Konjunkturdämpfungsprogramme auslaufen, ohne das vielbesprochene Anschlussprogramm auf den Tisch zu legen. Auf das konjunkturpolitische Instrumentarium wurde verzichtet, wachstumspolitische Massnahmen beschränkten sich auf Korrekturen am Bundeshaushalt, dessen linearer Anstieg jedoch ungebrochen während der vergangenen zehn Jahre weiterging. In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts wurde in Deutschland nach einer spürbaren Rezession (1966/67) mittels eines Systems fiskal- und geldpolitischer Massnahmen (deficit spending) durch Wirtschaftsminister Schiller der Wirtschaft gezielte Wachstumsimpulse eingegeben. Gleichzeitig wurde im europäischen Raum die Stellung der englischen Wirtschaft schwieriger und erweiterte sich zu einer eigentlichen Pfundkrise, deren vorläufiger Schlussstrich in einer Abwertung gezogen wurde. Frankreich, in einer Überschätzung der nationalen Kräfte, musste sich spätestens 1968 die partielle Schwäche des Franc eingestehen und im August 1969 zur Kurskorrektur durch Abwertung schreiten. Die wirtschafts- und währungspolitische Disziplin dieser Staaten liess jedoch immer noch zu wünschen übrig und führte, verschärft durch nationale Eigenwilligkeiten, dazu, dass Deutschland die kaufkraftmässigen Verzerrungen nur noch durch eine angemessene Aufwertung korrigieren konnte.

Die drängende Konjunktur

Die schweizerische Wirtschaft geht einem weiteren Jahr der Hochkonjunktur entgegen. Ein ausgetrockneter Arbeitsmarkt, steigende Zinssätze und erhöhte Konsumentenpreise sind die Begleiterscheinungen. Die Güternachfrage ist dabei, neue Höhepunkte zu erschwingen; Arbeitskräfte, Fabrikanlagen und Maschinen sind bald alle voll und pausenlos für die Güterherstellung eingesetzt. Und doch bildet sich zwischen der Gütermenge und der Geldmenge ein Missverhältnis heraus: Immer mehr Geld steht einer langsamer wachsenden Gütermenge gegenüber.

Die andauernde Inflation

Dieses wandelnde Verhältnis nennt man die Inflationsrate. Heute haben wir in jedem für unseren Handel wichtigen Land eine dauernde, schleichende Inflation. Nur gibt es in den meisten der uns umgebenden Länder eine grössere Inflationsrate als bei uns. Das hat zur Folge, dass unsere Waren, vom Ausland aus gesehen, ständig um die Grösse der Inflationsraten billiger werden, so dass das Kaufinteresse für Schweizer Waren beschleunigt zunimmt. Das hat zwei Wirkungen: erstens können wir vermehrt gute Geschäfte mit dem Ausland tätigen, was die Konjunktur in der Schweiz anheizt und die Preise hinauftreibt. Und zweitens befriedigen wir die drängende Nachfrage durch verstärkte Importe aus den Nachbarstaaten. Auch damit führen wir die Teuerung dieser Länder mittels der Warenpreise ein.

Die deutsche Aufwertung

Durch die deutsche Aufwertung im November 1969 hat der Schweizer Franken gegenüber der Deutschen Mark einen Wertverlust erlitten: der Franken und damit auch alle mit ihm bemessenen Schweizer Waren können von den Deutschen fast 10 Prozent billiger eingekauft werden. Umgekehrt müssen wir für deutsche Waren, von denen wir im vergangenen Jahr für rund 5,7 Milliarden Franken (30 Prozent unserer gesamten Importe) einführten, fast 10 Prozent mehr bezahlen.

Praktisch heisst das: wir beziehen rund 30 Prozent unserer Einfuhren aus Deutschland und geben rund 14 Prozent unserer Ausfuhren an diesen nördlichen Nachbarn ab.

Es ist ein Optimismus, dem wir nicht folgen können, wenn man annimmt, dass die aus Deutschland eingeführten Investitionsgüter in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken so kostenneutral seien, dass eine Preiserhöhung derselben nicht bis in den Konsumentenindex durchzuschlagen vermag. Neben den eingeführten Konsumgütern in der Höhe von 1,6 Milliarden Franken werden auch die Preiserhöhungen importierter Rohstoffe (2,3 Milliarden) und Energieträger (0,3 Milliarden) mit zeitlichen Verzögerungen kosten- und somit indexwirksam sein.

Mit wenigen Ausnahmen hat das merklich billigere deutsche Warenangebot bisher in der Schweiz dämpfend und regulierend auf die schweizerischen Kleinhandelspreise und damit auf den Lebenskostenindex gewirkt. Diese Auftriebshemmung wird als Folge der D-Mark-Aufwertung weitgehend dahinfallen. Im Gegenteil ist anzunehmen, dass die inländischen Hersteller den Spielraum der Preise nach oben nutzen und die Importeure aus Drittländern (EFTA) folgen werden.

Massnahmen gegen Teuerung und Inflation

Welche Massnahmen können gegen diese anrollende Teuerung getroffen werden? Der Bundesrat kann die durch Inflation bei unseren Handelspart-

nern und die deutsche Aufwertung geschwächte Kaufkraft des Frankens durch eine Aufwertung des Schweizer Frankens wieder stärken.

Eine weitere Möglichkeit besteht in einer drastischen Zollsenkung. Dabei ist es aber unbegründet, von der für März 1970 angekündigten Vorwegnahme zweier Abbauetappen der Kennedy-Runde zu behaupten, sie wirke sich nachhaltig auf die Konsumentenpreise aus. Denn die gesamte im Rahmen der Kennedy-Runde ins Auge gefasste Zollsenkung beträgt nur etwa einen Drittel der ursprünglichen Zollsätze, so dass dieser prozentuale Abbau bei unseren überwiegend niederen Zöllen kaum ins Gewicht fällt! Umgekehrt werden unsere Schutzzölle bei Textilien, Konfektion und Baumaterial zum grössten Teil von der Kennedy-Runde gar nicht erfasst.

Als Drittes bleibt noch eine Besteuerung des Exports. Diese Massnahme dürfte jedoch politisch kaum realisierbar und im besonderen kein Aufwertungsersatz sein, wie das deutsche Experiment im Jahre 1969 bewiesen hat. Man redet auch von Exportdepots, doch darf man deren dämpfende Wirkung nicht überschätzen.

Weitere Massnahmen der Behörden

Die weiteren Massnahmen der Behörden, welche anstelle einer Aufwertung eine wirksame Inflationsbekämpfung einleiten sollen, skizzierte Bundesrat Celio wie folgt: Verschärfung der Kreditbegrenzung, Mindestreserveanlage, Begrenzung der Personalbestände, Einflussnahme auf Abzahlungsgeschäfte, Neuordnung der Bundesfinanzen usw. usw.

Dieses nicht aufeinander abgestimmte und offenbar eilig zusammengesuchte gemischte Angebot administrativer Massnahmen, Reformgesetze und notenbankpolitischer Vorkehrungen mag viel Verschiedenes und Gutes in sich bergen, ersetzt aber ganz bestimmt keine Aufwertung.

Gesamthaft gesehen, wird unser Land ohne entsprechende währungspolitische Korrekturen sowohl über die Ausfuhr wie über die Einfuhr in eine Anpassungsinflation gedrängt, die durch keine kreditpolitischen Dämpfungsversuche oder Masshalteappelle aufgehalten werden kann.

Volkswohl und Bankgeschäft

Wenn Deutschland, wie angekündigt, die Währungspolitik zum Mittel der Konjunkturpolitik macht und auch inskünftig Aufwertungen vornimmt, gerät die Schweiz in die bedrohliche Nähe eines Ausverkaufs: Jedesmal werden wir für Deutschland billiger; Güter, Boden, Häuser, Produktionsanlagen und ähnliches mehr werden immer wohlfeiler. Dagegen können wir uns nur schützen, wenn wir auch unserseits durch angemessene Aufwertung die Kaufkraft des Schweizer Frankens stärken.

Kaum ein Zweifel besteht, dass das schweizerische Noteninstitut heute einen solchen Schritt im Grunde gern befürworten würde. Hart treten die Banken dagegen auf, weil sie als Aufwertungsfolge grosse Verluste auf ihren umfangreichen Euromarktanlagen hinnehmen müssten. Ist es aber

in Ordnung, dass aus Rücksicht auf lukrative privatwirtschaftliche Dispositionen richtige volkswirtschaftliche Entschlüsse verhindert werden?

Droht die Spekulation?

Käufe grosser Mengen von Schweizer Franken, die nicht handelspolitischen Vorkehren dienen, bezeichnet man als Spekulation gegen die Währung. Diese Spekulation kann jedoch erst richtig im Vorfeld verzögerter Aufwertungen gedeihen und ist mit vollzogener Aufwertung auf einen Schlag beseitigt. Im übrigen weist diese Spekulation darauf hin, dass im Schweizer Franken mehr Substanz drinsteckt, als offiziell dem Franken zugestanden wird. Der Verzicht auf Aufwertung wird die Spekulation nicht daran hindern, den Schweizer Franken als aufwertungsverdächtig zu betrachten.

Untergräbt die Aufwertung die Stabilität der Währung?

Es grenzt an ein Fetischdenken, anzunehmen, dass die Stabilität, die sich in einer seit 1936 unveränderten Parität zum Golde ausdrückt, an sich ein erstrebenswerter Zustand ist. Der andauernde und nun durch die deutsche Aufwertung beschleunigte Kaufkraftschwund des Schweizer Frankens ist ein ausserordentlich dymanischer Prozess und fern jeglicher Stabilität. In unserem Sinne kann eine Währung nur durch die mit der Aufwertung verbundenen Kaufkraftstärkung sinnvollerweise stabilisiert werden.

Schlussbemerkung

Nachdem die schweizerische Wirtschaft die Konjunkturdämpfungsübung überstanden hatte und den Behörden eine Manöverkritik möglich gewesen ist, hätte man die dringend notwendige Verfassungsgrundlage für ein umfassendes konjunktur- und wachstumpolitisches Instrumentarium erwarten können. Das wurde uns nicht gegeben; ebenso unterblieben andere Massnahmen im Rahmen eines Anschlussprogramms. Aus der konjunkturpolitischen Konkursmasse haben wir ein Abkommen zwischen der Nationalbank und der Bankiervereinigung sowie eine Mini-Finanzreform – die den Namen nicht verdient – in die siebziger Jahre gerettet.

Es wurde also kein Instrumentarium geschaffen, um die konjunkturellen Bewegungen in den Griff zu bekommen. Wir sind genau so weit wie vor den letzten Konjunkturdämpfungsmassnahmen. Ist das nicht eine kärgliche Bilanz der sechziger Jahre? Was soll das redliche – fleissige Tagewerk unserer Politiker, wenn die grossen volkswirtschaftlichen Probleme ausgeklammert werden? Dabei hat sich keine politische Gruppierung unseres Landes besondere Lorbeeren erworben.